

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

## Konferenz der Zentralinstanzen und der Gauleiter.

In unserem Zentralverband ist es Gepflogenheit, daß alle organisatorischen Fragen, die die Gesamtheit betreffen, eingehend von den in Frage kommenden Körperschaften vorberaten werden. Solche Vorberatungen haben einen hohen erzieherischen Wert, sie ermöglichen einheitliches organisatorisches Handeln. Dem Ziele aller praktischen Gewerkschaftspolitik, bestimmend auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken, stehen oft große Hindernisse entgegen. Die hinter uns liegende Inflationsperiode mit allen ihren Begleiterscheinungen wirkte sich als ein solches Hindernis aus. Der völlige Verfall der deutschen Währung hat auch die Gewerkschaften gehindert, ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie es im Interesse der gesamten Arbeiterchaft gelegen hätte. Auch unser Verband hat finanziell sehr schwer gelitten; er war nicht imstande, seine satzungsgemäßen Bestimmungen, seine Unterstützungseinrichtungen, aufrechtzuerhalten. Daß solche Notmaßnahmen nicht ohne Wirkung auf den gesamten Organisationskörper bleiben, ist eine feststehende Tatsache. Der Abbau organisatorischer Einrichtungen, die den Mitgliedern im Kampfe mit dem Unternehmertum den Rücken stärken, sie vor der dringenden Not schützen, wirkt nicht organisatorisch fördernd. Jede Organisationsleitung hat die Pflicht und die Aufgabe, nach Mitteln und Wegen zu suchen, solche aus der Not geborene Maßnahmen baldigst wieder aufzuheben und an ihre Stelle das zu setzen, was den Zusammenhalt unter den Mitgliedern fördert. Unser Verbandstag in Eisenach, der als Verbandstag des Wiederaufbaues bezeichnet worden ist, hat bereits die nötigen satzungsgemäßen Voraussetzungen hierfür geschaffen. Die noch aus der Inflationsperiode nachwirkenden Hemmnisse zwingen jedoch zu schrittweisem Aufbau. Erfreulich ist, feststellen zu können, daß für unsern Verband die schwerste Zeit überwunden ist und daß wir wieder hoffnungsfreudiger in die Zukunft schauen können.

Das war der Grundton, der die für den 31. August nach Dresden einberufene Konferenz der Zentralinstanzen und der Gauleiter beherrschte. Die Konferenz tagte im Dresdner Volkshaus. Vorausgegangen war am 30. August eine Sitzung des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses, in der die Tagesordnung der gemeinsamen Konferenz und die mit der Tagesordnung zusammenhängenden Fragen, wie die Lage unseres Verbandes und die für die weitere Zukunft erforderlichen Maßnahmen besprochen und geklärt wurden. Ferner befaßte sich die Sitzung auch auf Grund der veränderten Verhältnisse mit der Regelung von Gehalts- und Diätenfragen. In einhelligem Zusammenwirken beider Körperschaften gelang es, in allen Fragen befriedigende Lösungen zu finden.

Die gemeinsame Konferenz der Zentralinstanzen und der Gauleiter wurde vormittags 8½ Uhr vom Vorsitzenden des Verbandes, Kameraden Schönfelder, eröffnet. Er gedachte zunächst der durch den Tod aus unsern Reihen geschiedenen Kameraden Schilling und Jaur. Ihr Wirken im Verbandsbereich gab ihnen ein dauerndes Andenken. Kamerad Schönfelder gab einleitend eine kurze Uebersicht über den Stand des Verbandes. Die wirtschaftliche Lage habe sich seit Stattfinden unseres Verbandstages wenig verändert. Auch im Verbandsbereich sei keine Ruhe eingetreten. Die Zahl der Lohnkämpfe war fortgesetzt groß. Die zahlreichen Kämpfe verschlangen dauernd die Einnahmen des Verbandes, oftmals schon im voraus, indem die Zahlstellen Schulden aufnahmen, die sie dann wieder von den eingegangenen Beiträgen deckten. Der tariflose Zustand berge die Gefahr in sich, daß unser Verband aus den Kämpfen nicht herauskomme und die zu seiner finanziellen Gesundung nötige Ruhe nicht eintrete. Die auf dem Verbandstag beschlossenen neuen Beiträge stießen bei ihrer Einführung auf mancherlei Schwierigkeiten. Dennoch könne heute konstatiert werden, daß im großen und ganzen die Einführung der höheren Beiträge ohne Erschütterungen im Verbandsbereich möglich gewesen sei. Allmählich kämen wir wieder zu einem Rassenbestand, der es uns ermögliche, die Streikunterstützung nach und nach wieder auf die satzungsgemäße Grundlage zu stellen. Wie in allen andern Gewerkschaften habe die Inflation auch in unserm Verband rückläufig auf die Mitgliederzahl eingewirkt. Seit Ende des 3. Quartals 1922 bis Ende des 2. Quartals 1924 habe der Verband 19 % seiner Mitglieder eingebüßt. Bei den Lehrlingen beträgt der Verlust 34,5 %. In unserm Verband sei der Rückgang noch verhältnismäßig gering, andere Gewerkschaften hätten in der gleichen Zeit viel größere Verluste. Auch der innere Zusammenhalt unseres Verbandes habe nicht so schwer gelitten, wie es teils in andern Verbänden zu konstatieren sei. Es komme

nun darauf an, die Organisation wieder lebendig zu machen. Im allgemeinen sei über den Stand unseres Verbandes zu sagen: Der Zustand tiefster Erschöpfung sei überwunden, der Weg nach aufwärts und vorwärts sei wieder frei. Wie schnell es gelinge, wieder in die Höhe zu kommen, hänge mit von der Möglichkeit ab, auch die Mitglieder mit neuer Hoffnung und neuer Kraft zu erfüllen. Alle Mitglieder, besonders die Funktionäre, müssen in der angegebenen Weise wirken, dann werde die Organisation wieder neue Kraft und Stärke erlangen.

Den Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen erstattete Kamerad Wolgast. Der Reichstarifvertrag sei seit dem 31. März dieses Jahres abgelaufen. Eine Erneuerung sei vorerst nicht zu erwarten. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit müsse festgestellt werden, daß der Reichstarifvertrag viele Schattenseiten, aber auch manche Lichtseiten gehabt habe. Jedenfalls sei er dem Vormarschreiten unseres Verbandes nicht hinderlich gewesen. In zahlreichen Verhandlungen sei versucht worden, wieder zu einem Vertragsverhältnis zu kommen; aber bei allen Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß außergewöhnlich starke Gegensätze zwischen den Vertragsparteien vorhanden waren. Bei den Verhandlungen vor allem im Juni zeigte sich, daß die Gegensätze unüberbrückbar seien. Das Bestreben unserer Verhandlungskommission war, einen für uns schlechten Schiedsspruch zu verhindern. Deshalb machte sie in bezug auf die Arbeitszeitfrage ihren durchaus unverbindlichen Vorschlag. Die Unternehmer lehnten ihn ab. Der Gegenvorschlag der Unternehmer konnte seitens der Arbeiter auf keinerlei Zustimmung rechnen. Infolgedessen scheiterten die Verhandlungen. Ohne Frage sei auf beiden Seiten das Bedürfnis nach einem Reichstarifvertrage vorhanden, bei den Unternehmern vielleicht in noch höherem Maße als bei der Arbeiterschaft. Der Vorschlag der Arbeitervertreter bedeutete keinerlei Bindung für die örtlichen oder bezirklichen Organisationen, er sei gemacht worden, um an zentraler Stelle die Bahn für einen Vertrag frei zu machen. — In den Verhandlungen vor dem amtlichen Schlichter wurde zunächst ein freies Schiedsgericht vereinbart. Seine Verhandlungen blieben ergebnislos. Danach sei der amtliche Apparat in Tätigkeit getreten. Der von diesem gefällte Schiedsspruch sei von beiden Seiten abgelehnt worden. Wir befänden uns, sonach in einem vertraglosen Zustand. Welche Gefahren unter Umständen eine solche Situation mit sich bringe, brauche nicht näher erörtert zu werden. Unsere Pflicht sei es, unsern Verband intakt zu halten. Alle widrigen Einflüsse seien mit Schärfe abzuwehren, das Bestehende müsse geschützt werden, um bei eventuellen neuen Verhandlungen darauf aufbauen zu können. Bis dahin müßten wir uns ohne Vertrag durchbeissen.

Anschließend referierte Kamerad Ecke über unsere Lohnbewegungen und die Streikunterstützung. Mit der Einführung des wertbeständigen Geldes sei wohl ein Abbau der Preise, in stärkerem Maße aber ein Abbau der Löhne erfolgt. Das habe dazu geführt, daß unsere Kameraden auch nach Einführung der festen Währung sich intensiv mit der Lohnfrage beschäftigten. Die große Arbeitslosigkeit habe eine starke Zunahme der Lohnkämpfe nicht verhindert. Trotz geringer finanzieller Unterstützung wurde mit Begeisterung gekämpft. Die bedeutendsten Kämpfe wurden in 287 Zahlstellen geführt. Sie umfaßten 54 % aller Mitglieder, so daß 46 % der Mitglieder die Beiträge aufbrachten. Die Belastung der Hauptkasse für Kämpfe betrug im 1. Quartal 80 362 M., im 2. Quartal 194 368 M. und im 3. Quartal bis 23. August 131 051 M., zusammen 405 781 M. in diesem Jahre. In Wirklichkeit seien die Ausgaben für Lohnkämpfe aber noch größer, da eine erhebliche Anzahl Schlußberichte noch ausstehe. Die Unterstützung der kämpfenden Mitglieder durch die Hauptkasse sei keine ausreichende gewesen. Der bereits geschilderte Umstand, daß die Mehrheit der Mitglieder im Kampfe stand, und die große Arbeitslosigkeit verhinderten dies. Es ließen sich keine größeren Mittel ansammeln, um den kämpfenden Kameraden mehr als die staatliche Gewerkslosenunterstützung zu geben. Auch dieser Satz konnte zu gewissen Zeiten nicht voll gewährt werden. Der sich aus diesen Verhältnissen ergebende Zustand sei wenig erfreulich. Die einheitliche Unterstützung in Höhe der staatlichen Gewerkslosenunterstützung habe erhebliche Nachteile gezeigt. Die durch die Länge der Mitgliedschaft erworbenen Rechte würden dabei nicht berücksichtigt. Eine andere Form der Unterstützung, die sich an unsere Satzungen anlehne, sei wünschenswert. Das werde aber nur dann möglich sein, wenn bei Einleitung unserer Lohnbewegungen die in den Satzungen festgelegten Bestimmungen beachtet würden. Vielfach wirke bei unsern Lohnforderungen die Inflationsperiode noch nach. Die heutigen Verhältnisse seien mit den damaligen keineswegs mehr zu vergleichen. Lohnbewegungen sollten nur dann eingeleitet

werden, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Bereits habe sich gezeigt, daß, wo diese Forderung nicht beachtet wurde, große Bewegungen abgebrochen werden mußten, weil keine Aussicht mehr bestand, auf erfolgreiche Beilegung. In einigen Fällen war es den Unternehmern gelungen, Streikbrecher in genügender Anzahl zu finden. Das seien beachtliche Symptome. Der Einleitung von Lohnbewegungen müsse in Zukunft mehr Sorgfalt gewidmet werden. Die „Allgemeinen Regeln für Lohnbewegungen“ seien wieder voll zur Anwendung zu bringen, dann werde es möglich sein, die Unterstützungssätze baldigst wieder auf die in den Satzungen vorgesehene Höhe zu bringen. Vorerst aber werde die Unterstützung bei Lohnkämpfen so gestaltet, daß an Mitglieder, die bis zu 2 Jahren dem Verbandsangehörigen, eine tägliche Unterstützung von 60 S bis 1,50 M und an Mitglieder, die dem Verbandsangehörigen länger als 2 Jahre angehören, eine solche von 70 S bis 2 M gezahlt werden soll, ferner für Kinder 20 S pro Arbeitstag. Solange aber die vollen satzungsgemäßen Unterstützungssätze nicht in Kraft getreten seien, sollen im Kampf stehende Kameraden beitragsfrei sein. Werde nach den vorgetragenen Grundsätzen gearbeitet, so vollziehe sich der Aufbau unseres Verbandes um so sicherer.

Die Aussprache bewegte sich auf bemerkenswerter Höhe. Eine Fülle von Fragen wurde aufgeworfen, deren Beantwortung und Klärung sich erforderlich machte. Von allen Rednern wurde dem freudig zugestimmt, daß allmählich die satzungsgemäßen Unterstützungssätze wieder zur Einführung gelangen sollen. Die bisherigen Zustände hätten mancherlei Unzutraglichkeiten gezeitigt. Sie im Laufe der Zeit auszumergen, sei unsere Aufgabe. Die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen zeitigten mancherlei aufklärende Ausführungen, besonders taktischer und organisatorischer Art. Ausgesprochen wurde, daß unsere Mitglieder mitunter ihre Forderungen überspannen und dann keinen anderen Ausweg als den Streik kennen. Wie sehe es zuweilen aus? Das Ergebnis der Kämpfe sei oft sehr dürftig und die gebrachten Opfer ständen nicht im Einklange mit dem Erreichten. Im allgemeinen brauche man nicht schwarz in die Zukunft zu sehen, auch in der Frage der Arbeitszeit nicht. Notwendig sei aber eine scharfe Zurückweisung jeder Verlängerung der Arbeitszeit. Zugegeben wurde, daß die Verhältnisse nicht überall gleich seien. In Industriebezirken unterstützten unsere Kameraden oftmals dem scharfen Druck der Industriellen, dem sie nicht zu widerstehen vermöchten. Leider müsse auch konstatiert werden, daß stellenweise durch unvernünftiges Verhalten unserer Kameraden manche für uns günstige Position verloren ging. — Die Frage, ob bezirklichen oder örtlichen Lohnverhandlungen der Vorzug zu geben sei, wurde in der Konferenz eingehend erörtert. Erstere hätten vielfach Gleichgültigkeit unter den Mitgliedern erzeugt, ihre gewerkschaftliche Betätigung habe nachgelassen. Darum müsse das Schwergewicht wieder in die Zahlstellen gelegt werden. Das Bedenkliche der bezirklichen Lohnverhandlungen sei, daß auch für Gebiete der Lohn geregelt würde, wohin unser Einfluß nicht reiche. Aber auch entgegengesetzte Anschauungen wurden laut, indem betont wurde, daß die bezirkliche Lohnregelung mehr Gutes als Schlechtes an sich habe. Dadurch gelinge es recht oft, Orte herauszuheben, was wiederum den Anlaß für die Mitglieder gebe, in andern Orten das gleiche zu erstreben. — Die Frage, ob für die Zwischenzeit, wo ein Reichstarifvertrag nicht besteht, Vereinbarungen mit den Unternehmern abgeschlossen werden sollen, wurde eingehend besprochen. In einigen Bezirken seien die Unternehmer jetzt dazu bereit, während sie vorher sich weigerten. Weiter sei zu klären, ob örtliches Vorgehen in Fällen, wo bezirkliche Vereinbarungen beständen, Vertragsbruch bedeute, ebenso die Frage der Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. Angebeutet wurde, daß die Unternehmerverbände eine gesetzgeberische Aktion einzuleiten beabsichtigten, um für die Gewerkschaften das Recht der juristischen Person zu fordern. — Bedauerlich sei, daß in einzelnen ländlichen Gebieten unsere Kameraden die in Vereinbarungen festgelegte achtundvierzigstündige Arbeitszeit nicht einhielten. Unsere Mitglieder müßten bestrebt sein, die abgeschlossenen Verträge zu respektieren, das könne dem Tarifvertragsgedanken nur förderlich sein. Interessante Aufschlüsse wurden der Konferenz über die Verhältnisse in Obereschlesien und Rheinland-Westfalen zuteil. Für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei entscheidend, in welchem Maße das Baugewerbe als Erwerbszweig in Frage komme. Bei der hochindustriellen Entwicklung dieser Provinzen sei das Baugewerbe nebenächlich. Der große Einfluß der Industrie wirke sich natürlich auch auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie auf die Organisationsverhältnisse im Baugewerbe aus. Sehr erschwert werde die Lage außerdem noch, wenn in der Industrie geringere Löhne als im Baugewerbe für gleich zu bewertende Arbeit gezahlt würden.

Reparation, Ruhrbesetzung und Micumberträge bildeten ein Stück Wirtschaftsgeschichte, deren Wirkung katastrophal sei. In Rheinland-Westfalen wurde in den letzten Jahren versucht, durch intensive Agitation den letzten Mann unserer Organisation zuzuführen. Die Stoßkraft unserer Kameraden habe aber während der Inflationszeit sehr gelitten, während die Industrie Hochkonjunktur hatte. Hinzu komme die Erschwerung des Koalitionsrechtes durch die Besatzungsbehörden. Alle diese Umstände bewirkten, daß Fortschritte in dem von uns gewünschten Maße nicht möglich waren. Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft spiele hierbei ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle. Zahlreiche während des Sommers in diesen Provinzen Beschäftigte aus andern Gegenden vergessen alle gewerkschaftlichen Grundzüge. Diese Tatsache bilde auch einen Grund mit zur Verlängerung der Arbeitszeit, die in dem erwähnten Gebiet vielfach nicht abzuwehren war. — Kamerad Wolgast ging auf einige der aufgeworfenen Fragen ein. Insbesondere welche Zweifel über die Ansicht des Verbandes in der Tariffrage könnten nicht bestehen. Als Gewerkschafter hätten wir keine Ursache, besonders nach der Verbindlichkeit zu drängen. Gegenüber der Frage der Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften sei größte Vorsicht am Platze. Schon heute trügen die Gewerkschaften hemmende Fesseln genug. Die bezirkliche Lohnregelung führe vielfach zu den aufgezeigten Wirkungen; die Zahlstellen müßten eben unter strengster Beachtung der in den Satzungen enthaltenen Vorschriften mehr Initiative entfalten, wozu sie ja jetzt Gelegenheit hätten. Bei der Behandlung von taktischen Fragen im Fachorgan könnten die Gauleiter durch Beschreibung von Beispielen aus der Praxis wirksam helfen. Auch die Zahlstellen sollten mehr am Blatt mitarbeiten; besonders müsse auch dem Bauarbeiterchutz mehr Beachtung gewidmet werden.

Kamerad Schönfelder stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Aussprache ergebnisreich gewesen sei. Wir brauchen es nicht zu beklagen, wenn nicht zusammengehörige Gebiete bei neueren Tarifabschlüssen auseinanderfielen. Grundgedanke müsse bleiben, daß Tarifverträge nur für zusammenhängende Wirtschaftsgebiete abgeschlossen werden. Vereinbarungen könnten abgeschlossen werden, zu verhindern seien jedoch Bestimmungen über längere Arbeitszeit. Bei bezirklichen Vereinbarungen dürfe nichts vereinbart werden, was später einem zentralen Abschluß im Wege liege. Der Zentralvorstand werde die Mahnung heherzigen, bei Streiks scharf auf die Durchführung des Streikreglements zu achten.

Kamerad Schumann behandelte den nächsten Punkt der Tagesordnung: Agitation. Auch unsere Organisation leide an den Folgen der Inflationsperiode. Unser Verlust an Mitgliedern sei bedauerlich. Am Schlusse des 2. Quartals 1914 hatte unser Verband in 798 Zahlstellen 61 999 Mitglieder, am Schlusse des 3. Quartals 1922 in 1014 Zahlstellen 109 860 Mitglieder, davon 11 845 Lehrlinge. Am Schlusse des 2. Quartals 1924 in 1013 Zahlstellen 88 960 Mitglieder, davon 7871 Lehrlinge, somit betrage der Abgang eine Zahlstelle und 21 200 Mitglieder, davon 3974 Lehrlinge. Gegenüber dem Stande des 2. Quartals 1914 war am Schlusse des 2. Quartals 1924 immerhin noch ein um 58 % höherer Mitgliederbestand zu verzeichnen. Den Ursachen der Verluste nachzugehen, sei unsere Aufgabe. Die Arbeitslosigkeit sei nicht die wesentlichste Ursache des Rückganges. Die Bezirke mit festem Mitgliederstand seien beim Aufstieg nicht in der hervorragenden Weise an der Mitgliederzunahme beteiligt gewesen, während sie jetzt beim Abstieg stabil blieben. Das durch gewisse Kreise gegen die Gewerkschaften in die Arbeiterschaft hineingetragene Mißtrauen habe auch verlustbringend gewirkt. Das zeige sich an den großen Verlusten unseres Verbandes in manchen Zahlstellen Mitteldeutschlands am deutlichsten. In Schleswig-Holstein betrage zum Beispiel der Mitgliederabgang nur 5,8 % und der Rückgang an Lehrlingen 5,9 %, während in den mitteldeutschen Gauen der Rückgang den durchschnittlichen Rückgang im Gesamtverbande von 19 % bei den Mitgliedern und 34,5 % bei den Lehrlingen übersteige. Es müsse alles versucht werden, weiteren Mitgliederabgang zu verhindern.

Die Aussprache brachte manche wertvolle Anregung zutage. Bestätigung fand die Annahme, daß die politischen Kreisläufe auch unsern Verbände Verluste gebracht haben. In der Arbeiterschaft haben Enttäuschung und Niederbegehrtheit Platz gegriffen. Aber auch die geringe Streikunterstützung sowie das Fehlen der Erwerbslosenunterstützung habe unsern Verband manches Mitglied gekostet. Durch die Inflation habe der Organisationsapparat sehr gelitten. Die Beitragslastigkeit und das Ausstragen des „Zimmerer“ werde nicht in der erwünschten Weise vorgenommen. Hinzu komme der große Wechsel der Funktionäre im Verbands. Alles zusammen wirke hemmend auf die Vorwärtsentwicklung. In keinen Orten fehle es an genügenden Kräften. Besondere Beachtung sei der Lehrlingsfrage zuzuwenden. Unter 1000 Zahlstellen gebe es 250, in denen Lehrlinge nicht organisiert seien, in andern 150 sei nur ein Lehrling organisiert. Viele Zahlstellen mit ansehnlicher Mitgliederzahl seien vorhanden, die dieser Frage nicht die nötige Beachtung schenkten. Demgegenüber wurde betont, daß es oftmals die Eltern seien, die den jungen Lehrling hindern, sich zu organisieren. Auch die politische Entwicklung in Deutschland habe offenbar dazu beigetragen, die Zahl der Lehrlingsmitglieder zu vermindern. Ferner werde mancher Lehrling durch die Sportbewegung abgehalten, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Eingehend wurde die Frage erörtert, welche Maßnahmen in diesem Jahre noch unternommen werden sollten, um die Agitation zu beleben. Von einer allgemeinen zentralen Agitation wurde abgeraten. Ins Auge zu fassen seien unter Umständen Konferenzen in den einzelnen Gauen; die Herausgabe von Flugblättern könne auch förderlich sein. Der Verband müsse innerlich wieder gefestigt werden. Es müsse dazu kommen, daß auf jeder Arbeitsstelle eine Betriebsvertretung vorhanden sei. Das Leben in den Zahlstellen müsse reger werden. Ohne eine vorbereitende Vorstandssitzung sollte keine Versammlung stattfinden. Nicht Neuland zu gewinnen, sei die dringendste Aufgabe, sondern der Erhaltung des jetzigen Bestandes müsse die ganze Kraft zugewendet werden.

Zusammenfassend stellte Kamerad Schönfelder das Ergebnis der Aussprache fest. Ziel aller unserer Agitation sei die innere Festigung des Verbandes; sie könne mit verschiedenen Mitteln erreicht werden. Wo nötig, könnten Konferenzen einberufen werden auf Kosten der Zahlstellen. Der Herausgabe von Flugblättern für die einzelnen Gauen stehe nichts im Wege. Besonders Augenmerk bedürfe die Lehrlingsbewegung. Die in Aussicht genommene baldige Wiedereinführung unseres Unterstützungswesens werde der Werbearbeit förderlich sein.

Weiter war die Entsendung von Schülern auf die Frankfurter Arbeiter-Akademie Gegenstand der Aussprache. Kamerad Schönfelder betonte, daß ein Suchen nach Schülern nicht nötig sein sollte. Es müsse geprüft werden, ob Mitglieder im Verbandsverbanden sind, die die Befähigung und eine bestimmte Tätigkeit im Verbandsverbande hinter sich haben. Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer soll auch unser Verband dieser Frage Beachtung schenken. Der Zentralvorstand soll, wenn möglich, eine geeignete Persönlichkeit entsenden.

Anschließend referierte Kamerad Schönfelder über das Volksbegehren auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Er schilderte zunächst die Entwicklung zum Achtstundentag sowie den Widerstand der Unternehmer, die ihre ganze Kraft auf Beseitigung des Achtstundentages eingestellt hätten. In einzelnen Berufen sei ihnen Erfolg nicht versagt geblieben. Der Achtstundentag sei dort in großem Umfange abgebaut. Die Entwicklung dieser Verhältnisse habe den Bundesvorstand des ADGB. veranlaßt, sich eingehend mit der Frage eines Volksbegehrens zu befassen. Zur Vorberatung sei eine Kommission eingesetzt. Die Kosten für die Einleitung des Volksbegehrens sollten durch einen besonderen Beitrag von 50 ¢ pro Mitglied aufgebracht werden. Wenn von den Gewerkschaften allgemein die Durchführung des Volksbegehrens beschlossen würde, dann müsse auch unser Verband sich dem Beschluß fügen. In der Aussprache wurde im allgemeinen den Ausführungen zugestimmt.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgte ein Referat des Kameraden Schönfelder über eventuellen Anschluß an die Bauarbeiter-Internationale. Seine Darlegungen gaben Aufschluß über den Stand der internationalen Zimmererbewegung. In Wien sei die Frage des Anschlusses aller Bauarbeiterorganisationen an die Bauarbeiter-Internationale eifrig erörtert worden. Die Zimmerer in den verschiedenen Ländern seien unterschiedlich international organisiert. Es entstehe die Frage, was unser Verband tun solle. In der Bauarbeiter-Internationale könne auch unser Verband seinen Einfluß ausüben. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß, wenn die Zimmerer in der internationalen Arbeiterbewegung mehr zur Geltung kommen wollten, das durch ihren Eintritt in die Bauarbeiter-Internationale geschehen könne. Es müsse aber streng darauf geachtet werden, daß unser Verband nicht etwa durch internationale Beschlüsse gezwungen werde, seine Organisationsform aufzugeben. Nach Kamerad Schönfelder sind solche Befürchtungen nicht vorhanden. Die Aussprache ergab, daß, wenn die nötigen Sicherungen gegeben würden, dem Anschluß nichts im Wege stehe. Der Zentralvorstand soll die Sache weiter verfolgen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. In seinem Schlußwort wies Kamerad Schönfelder darauf hin, daß die erste Konferenz nach dem Eisenacher Verbandstage einen befriedigenden Verlauf genommen habe. Wenn es gelinge, die Mitglieder mit neuer Zubersticht zu erfüllen, werde es auch wieder vorwärts gehen. Das sei auch der Wunsch aller Teilnehmer. Tue jeder das Seine, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben!

### Weltwirtschaftliche Rundschau.

Die Weltwirtschaft blieb in den Monaten Juli—August weiter im Zeichen der Depression. Die politischen Ereignisse der abgelaufenen Zeit spielten in den Verlauf des Wirtschaftslebens eher mittelbar, in Form von Erwartungen und Vorbereitungen, herein, als unmittelbar. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz dürften freilich das Wirtschaftsleben der Völker eingehend beeinflussen und enthalten neben den politischen und sozialen auch schwere wirtschaftliche Probleme. Deutschland soll durch Anleihe und Privatkredite auf die Beine geholfen werden, damit es später aus Exportüberschüssen seine große Reparationsschuld bestreiten kann. Wer wird aber die deutschen Waren kaufen? Das Finanzkapital der Vereinigten Staaten gibt keine brachliegenden Kapitalien — gegen gute Verzinsung und Sicherheiten — gern her, ja, es ist froh, seine Ueberflüsse loszuwerden. Die amerikanische Landwirtschaft und Industrie begrüßen die Lösung, indem sie davon die Erhöhung der Verbrauchsfähigkeit Europas erhoffen. Sie möchten mehr als in den letzten Jahren an Europa verkaufen. Europäische, insbesondere deutsche Produkte möchten sie aber nicht kaufen und halten an der strengen Hochschutzzollpolitik fest. Präsident Coolidge erklärte vor kurzem, an dieser Richtung der Wirtschaftspolitik nichts ändern zu wollen. Hier schon liegt ein Widerspruch vor, der Europa noch manche harte Prüfung auferlegen wird. Frankreich, früher ein großer Abnehmer deutscher Fertigprodukte, ist selbst zu einem wichtigen Industriestaat geworden und statt Eisen und Stahl in großem Maßstab einzuführen, drängt es auf die Ausfuhr dieser Produkte. Auf der Londoner Konferenz machte sich die französische Forderung geltend, die militärische Räumung des Ruhrgebietes als Erpressungsmittel zu gebrauchen und diese für einen günstigen Handelsvertrag einzutauschen. Die schwerindustrielle Loucheurgruppe war hierfür in London tätig. Der Versuch wurde abgewehrt. Nichtsdestoweniger werden in der ganzen Welt die wirtschaftspolitischen Waffen geschmiedet. Zollmauern werden überall errichtet, bestehende erhöht. Der deutsche Reichsrat hat die Zollvorlage bereits angenommen und es ist zu befürchten, daß das Parlament ihr ebenfalls beistimmen wird. Hier sollen die berüchtigten Getreidezölle, die ohne Berechtigung das Brot verteuern werden, eingeführt, aber auch das Recht der Regierung zur beliebigen Erhöhung der Industriezölle bis zu einer Höhe, die früher noch nie erreicht wurde, zugestanden werden. Eng-

land wird von deutschen Waren Reparationszölle — statt 5 % künftig wieder 26 % — erheben. Die deutsche Regierung wird zwar den deutschen Exporteuren den Zoll vergüten, weshalb die Schutzollwirkungen nicht eintreten dürften, trotzdem liegt diese Maßnahme abseits vom Wege des Freihandels. Japan hat, um die Passivität seiner Handelsbilanz zu vermindern, eine Anzahl von Waren — zum Teil Luxuswaren — mit hundertprozentigen Zöllen belegt, was einem Einfuhrverbot gleichkommt. Die südafrikanische Regierung kündigt eine hochschutzzöllnerische Gesetzesvorlage an. Selbst das bisher ziemlich freihändlerische Holland schreitet zur Erhöhung seiner Zölle (von 5 % auf 8 %). Das neue polnische Zollgesetz ist vor kurzem in Kraft getreten. Wider Erwarten zeichnete es sich durch auffallende Mäßigkeit aus; die weitgehenden Zollwünsche der Schwerindustrie wurden nicht befriedigt.

Die hohen Schutzölle sollen bei dem Abschluß von Handelsverträgen als Waffe gebraucht werden: nur gegen Zugeständnisse der andern Seite sollen sie ermäßigt werden. (Auf dieser Grundlage ist zum Beispiel vor kurzem der deutsch-spanische Handelsvertrag zustande gekommen. Beide Teile gewährten gegenseitige Ermäßigungen — Deutschland, dem an der Aufhebung der spanischen Dumping-Zölle gegen deutsche Waren und der Eroberung des spanischen Absatzmarktes lag, mußte größere Zugeständnisse gewähren als Spanien. Die spanischen Weine werden mit sehr geringen Zöllen belegt hereingelassen werden.) Indessen sind diese „Waffen“ in der Wirklichkeit oft ohne Kraft — der Gegenpartner stellt sich im Vorhinein darauf ein und nimmt ihre Spitze — es bleibt aus den Schutzöllen in der Regel nur eine Verteuerung des Verbrauchs, verteuerte Produktion und die Erschwerung des Ausfuhrhandels.

Die anhaltende Depression der Weltwirtschaft kommt durch die Verbreitung des Kreises der Krisenländer und den weiteren Rückgang der Produktion und des Außenhandels zum Ausdruck.

Mit unverminderter Wucht dauert die deutsche Wirtschaftskrise an. Die Zeichen einer Besserung haben sich noch nicht angeündigt. Die schweren Krisenerscheinungen: bedrohliche Passivität des Außenhandels, Rückgang des inneren Verbrauchs, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit dauern an — die Krisenursachen: Geldmangel und hohe Preislage, bedingt durch hohe Zinssätze, Frachtraten und Umsatzsteuern, sind noch nicht behoben. Zu den Ländern, wo Wirtschaftskrise herrscht, ist neuerlich Frankreich hinzugetreten. Die Krise begann dort als eine Finanzkrise des Wiederaufbaues — für Wiederaufbauzwecke waren keine Anleihen mehr zu haben —, pflanzte sich aber auf die Schwerindustrie fort. Seit Januar gab es dort in den Monaten Juni—Juli zum ersten Male wieder einen Einfuhrüberschuß, der sich überdies nicht aus Roh- und Halbfabrikaten, sondern aus Verbrauchsgütern ergab. Die Rohstoffe- und Stahlherzeugung ging ebenfalls zurück. Indem aber der Rückschlag im Juli leichter war als im Juni, ist das Weitergreifen der Krise nicht sicher. In den Vereinigten Staaten dauert die Krise weiter an. Die Erhöhung der Getreidepreise soll den Farmern mehrere Milliarden Mehreinnahmen sichern, davon erwartet man dort die Belebung der Konjunktur. Einstweilen werden die Betriebe eingeschränkt, Arbeiter entlassen und Kurzarbeit eingeführt. Die Stahl- und Eisenherzeugung soll trotzdem wieder 60 % ihrer Leistungsfähigkeit (Juni 50 %) erreicht haben. Auch die dänischen und ungarischen Krisen, wie auch die des Saargebietes haben von ihrer Schärfe nichts nachgelassen. In Polen hat die Stabilisierungs- und Preiskrise die Schwerindustrie Polnisch-Oberschlesiens vollkommen lahmgelegt. Um ihre Lage zu verbessern, schritt die Schwerindustrie zu Lohnherabsetzungen und verlängerter Arbeitszeit, die den Arbeitern auch seitens der Regierung aufgedrängt wurde. So hat man in Oberschlesien einen Generalstreik heraufbeschworen, der die Labung der wirtschaftlichen Betätigung vollständig machte. Die österreichische Industriekrise scheint, dank der Sommerzeit und der weitbildenden Industriepolitik der Gemeinde Wien, etwas abgeflaut zu haben. Die Opfer der Finanzkrise, tausende entlassene Angestellte, können in der Wirtschaft freilich noch nicht untergebracht werden. Auch zeigt die zunehmende Passivität der Handelsbilanz — im letzten Monat wurde doppelt so viel ein- als ausgeführt — den ungesunden Zustand dieses Wirtschaftskörpers.

Die Lage des Weltkohlenmarktes spiegelt die allgemeine Wirtschaftskrise wider. Die im Juli beschlossene Einschränkung der deutschen Förderung um 26 %, für Kohle, 40 % für Roßs und 30 % für Britetts reichte nicht aus, es mußten weitere Mengen auf Lager genommen werden. Mehr als 100 000 Bergarbeiter haben keine Beschäftigung. Die englische Kohlenausfuhr geht ständig zurück, erst die letzten Wochen brachten eine Besserung. Die belgische Kohlenindustrie findet für ihre Produkte — angesichts der deutschen Reparationsleistungen — trotz wiederholter Preisherabsetzungen keinen Absatz. Insbesondere trifft das für den Monat Juni zu; im Juli war die Lage infolge der wieder erhöhten Eisen- und Stahlherzeugung besser. Desgleichen liegt der ober-schlesische Ardennerbergbau daneben.

Einige Länder, insbesondere Holland und die Schweiz, konnten sich einer befriedigenden Konjunktur erfreuen. Seit der Stabilisierung der Mark verlaufen diese Länder wieder viel an Deutschland. Die holländische Handelsbilanz hat sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert. Die Wertsteigerung des Schweizer Franken und des englischen Pfunds, gegenüber dem Dollar, soll als Zeichen der Gesundung dieser Volkswirtschaften erwähnt werden. Amerika mag diese Entwicklung willkommen sein, da hierdurch die Verbrauchsfähigkeit dieser Länder für amerikanische Produkte gesteigert wird.

Die Preisentwicklung stand im Zeichen der Erhöhung der Lebensmittel- und Rohstoffpreise. Die Weltmarktpreise für Getreide sind immer noch im Steigen begriffen und haben die Friedensparität beinahe erreicht. Der Farmer-Dollar ist wieder so viel wert wie vor dem Krieg — wie der amerikanische Spruch lautet. Die Erhöhung der Weltmarktpreise war weniger das Ergebnis einer schlechten Ernte — diese war ja nur in Europa wirklich schlecht, in den Vereinigten Staaten und Kanada aber viel besser, als die beeinflussten Schätzungen es verkündeten — als der Spekulation. Mächtige Getreideeringe sind entstanden — neben den Getreidespekulanten nehmen aus politischen Gründen auch die amerikanischen Großbanken daran teil. So wird das Brot verteuert und zu diesem Zeitpunkt steigender Getreidepreise

wird in Deutschland und in Oesterreich noch eine weitere Preiserhöhung durch Getreidezölle beabsichtigt!

Die übrigen Rohstoff- und Lebensmittelpreise zeigen zumeist ebenfalls eine steigende Tendenz, so auch die Metallpreise, insbesondere der Kupferpreis, der lange Zeit unter der Vorkriegshöhe stand und vor kurzem erst die Friedensparität erreichte, außerdem Blei, Zink (letzteres dank der Verstrahlung des Zinnhandels in auffallend hohem Maße). Es erhöhten sich die Preise für Rohseide und für Gummi. Die Summierzeugung wurde zur Ermöglichung einer Preissteigerung vor kurzem eingeschränkt und wird demnächst wieder vermindert werden. Tee und Kaffee sind ebenfalls teurer geworden; ersterer infolge des vergrößerten Absatzes in Amerika und in Rußland, wo Tee wieder in größeren Mengen verbraucht wird, letzterer aber infolge der nicht ausgiebigen Kaffee-Ernte. Die Baumwollpreise zeigten dagegen im August eine sinkende Richtung. Die endgültigen Schätzungen der Baumwollernte lauten nicht ungünstig. Der Baumwollwurm hat dieses Jahr weniger Schaden angerichtet als zuvor. Man rechnet mit 2 Millionen Ballen mehr als im vergangenen Jahr (12 Millionen statt 10 Millionen Ballen). Auch sind die verbliebenen Vorräte größer als im Jahre 1923. (Infolge der ungeheuren Verteuerung der Baumwolle mußte ihr Verbrauch eingeschränkt werden. Deshalb die Vorräte trotz der ungünstigen Ernte des letzten Jahres.) Es sind außerdem noch die Zuderpreise, die dank einer überreichen Welternte im Sinken begriffen sind. Auch neigen die Weltmarktpreise des Petroleum zum Sinken. Eine Verbilligung der Lebenshaltung wird nirgends zu verzeichnen. Die Nezzahlen für Großhandelspreise und Lebenshaltung sind durchweg höher. In Frankreich und Belgien war die Erhöhung der Lebenshaltungskosten besonders groß, in Belgien hat die Indexziffer für Lebenshaltungskosten ihren höchsten Stand erreicht. In den Vereinigten Staaten gehen die Preise — im Widerspruch mit den Lohnherabsetzungen — nach aufwärts. In Oesterreich zeigte sich eine sehr beträchtliche Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die deutsche Gesamtpreisliste blieb in den letzten Wochen ziemlich unverändert. Der erwünschte Preisabbau ist — wie oben angeführt wurde — nicht erfolgt. Auch in Polen ist eine Liebertuerung hoch über den Weltmarktpreisen immer noch vorhanden. A. H.

**Gestreckt wird in Auerburg (Firma Masurische Holz- und Bauindustrie), Darmen-Glberfeld, Bochum, Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamm, Köln, Magdeburg, Passau (Kachletwerk), Weimar, Wittenberge und Zeitz (Bezirk Theissen, Kraftwerk Stinnes.)**

**Zur Aussperrung in Rheinland-Westfalen und Lippe.** Am 4. September haben in Dortmund unter Leitung des Schlichters für den Bezirk Rheinland-Westfalen erneut Verhandlungen zur Beilegung der Kampfmaßnahmen stattgefunden. Auch bei dieser Verhandlung versuchten die Unternehmervertreter erneut die Unmöglichkeit einer Lohnherabsetzung für das Baugewerbe nachzuweisen. Der Druck der Großindustrie und des Bergbaues muß auch den Bauunternehmern bald unangenehm werden, denn ein Vertreter der Bauunternehmer beklagte sich in den Verhandlungen darüber, daß die Aussperrung bereits Goldd Millionen verschlungen hätte. Da unter den Parteien eine Verständigung nicht zu erzielen war, wurde von dem Schlichter mit den Stimmen der Unternehmer ein Schiedspruch gefällt, wonach die Stundenlöhne für

**Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am 3. Sonntag im September**

Zimmerer mit Wirkung vom 14. August 1924 zu betragen haben: a) für Düsseldorf, Köln, Neuß, München-Gladbach, Krefeld, Solingen, Remscheid und bergisches Land 80 %, b) für Trier Stadt und Land 78 %, c) für Bonn, Siegtreis, Düren, Jülich und Erftelz 77 %, d) für Coblenz, Neuwied, Andernach und Seilenkirchen-Nachen 75 %, e) für Essen, besetztes und unbesetztes Gebiet, rheinisch-westfälisches Industriegebiet einschließlich Mörz und Summersbach 76 %, f) für die westfälischen Randgebiete 70 %, mit der Maßgabe, daß im übrigen die bisherige Abstufung bleibt.

Dieses Abkommen ist mit einmonatiger Frist kündbar, vom Tage der Annahme des Schiedspruches an gerechnet. Maßregelungen aus Anlaß der Kampfmaßnahmen dürfen nicht stattfinden. Erklärungsfrist bis 8. September vormittags 11 Uhr.

Mit diesem Verhandlungsergebnis haben sich Vertreterkonferenzen der einzelnen Arbeiterverbände beschäftigt und den Schiedspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch auf unserer Konferenz erfolgte die Ablehnung mit 22 gegen 10 Stimmen. Ob die Unternehmer zustimmen, ist noch nicht bekannt.

**Streik in Weimar.** Die letzten bezirklichen Verhandlungen für Thüringen brachten nur für Erfurt eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 %. Alle andern Orte blieben unberücksichtigt, so auch Weimar. Auch örtliche Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Der Stundenlohn beträgt zurzeit 58 %, gefordert sind 68 %. Infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer ist nunmehr die Arbeit niedergelegt worden. Die Unternehmer haben daraufhin die Aussperrung für ganz Thüringen angedroht.

**Streik in Wittenberge.** Der in bezirklichen Verhandlungen festgesetzte Stundenlohn beträgt seit 19. Mai 65 %. Alle Verhandlungen um eine Erhöhung des Stundenlohnes verliefen ergebnislos. Unsere Kameraden fordern einen Stundenlohn von 80 %. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde der Streik beschlossen.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Berlin und Umgegend.** Im August tagte unsere ordentliche Zahlstellenversammlung; sie war von 120 Delegierten und 11 Vorstandsmitgliedern besucht. Die Versammlung gedachte eingangs der im zweiten Quartal verstorbenen Kameraden. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde anerkannt und dem Kassierer, Kameraden Adolf Jhm., einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand empfahl, wie in den Vorjahren, auch in diesem Jahre eine statistische Erhebung auf sämtlichen Arbeitsstellen und für jedes Mitglied (Kranke und Erwerbslose). Die Delegierten beschloßen einstimmig, sie noch im Monat August vorzunehmen. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, von der besonderen Benennung der Parteien, ebenso der Presse, Abstand zu nehmen, sondern nur festzustellen, zu wieviel Prozent überhaupt die Zimmerer politisch organisiert und Leser der Arbeiterpresse sind. Ob die Kameraden politisch in der SPD oder KPD organisiert sind und den „Vorwärts“ oder die „Rote Fahne“ lesen, kann hierbei ganz gleichgültig sein; nur angeregt sollen die Kameraden hierdurch werden, damit sie endlich begreifen lernen, daß im Hause der Proletarier kein Platz für die bürgerliche Lügenpresse ist. Hiernach erfolgte die Beratung des Regulativs für unsere Zahlstelle. Mit einigen wesentlichen Änderungen wurde es in alter Form wieder angenommen. Eine Angelegenheit, betreffend den Kameraden Otto Zager, der angeklagt war, Aufrufe der selbständigen oppositionellen Verbände unberechtigter Weise als Zentralverband der Zimmerer unterzeichnet zu haben, hatte die Schiedskommission beschäftigt, die nach eingehender Prüfung folgendes Urteil gefällt hatte: Die Klage gegen den Kameraden Otto Zager ist zurückzuweisen, weil nicht erwiesen werden konnte, daß Kamerad Zager verbandsschädigend gehandelt hat. Kamerad Zager erklärte hierzu folgendes: Er habe zu dem Aufruf damals nur als Person seine Unterschrift gegeben in der Annahme, daß es sich um eine geschlossene Aufnahme des Kampfes gegen den Raub des Achtundtages handele. Er habe nur den besten Willen gehabt, die Zimmerer hierfür zu interessieren, aber niemals sei es ihm eingefallen, gegen den Verband zu arbeiten. Wenn von jener Stelle seine persönliche Unterschrift ohne sein Wissen und Willen als im Namen des Verbandes unberechtigt in den Aufruf hineingekommen sei, so könne man ihm daraus nicht Vorwürfe machen. Wenn sich später diese Unterschrift nochmals wiederholt habe, so sei das ohne sein Zutun geschehen; er sei zu jener Zeit zur Behandlung im Krankenhaus gewesen. Mit 114 gegen 17 Stimmen wurde der Spruch der Schiedskommission angenommen. Zum Schluß machte Kamerad Kepschlager noch auf unser dies-

jähriges Stiftungsfest aufmerksam, das in den Gesamträumen des Saalbaues Friedrichshain stattfindet; er ersuchte um regste Beteiligung.

**Baugewerblides.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Die Firma Luchscherer aus Ohlau in Schlesien führt in Wiederrich bei Leipzig eine größere Arbeit für die Firma Müller aus. Es handelt sich um eine große Halle mit freitragenden Wänden. Daß gerade bei solchen Arbeiten alle Schutzbestimmungen streng eingehalten werden sollten, ist eigentlich selbstverständlich. Dennoch wurden die Gerüste nur mangelhaft hergestellt und Delegierte, die eine ordnungsgemäße Ausführung verlangten, entlassen. Die schlesischen Kameraden, als Stammleute der Firma, legten anscheinend wenig Wert auf ein gutes Gerüst, und die paar Leipziger Kameraden waren nicht in der Lage, die Einhaltung der Schutzbestimmungen durchzusetzen. Die Folge der Mißachtung der Vorschriften war, daß am 28. August der Kamerad Lindner aus Schlesien abstürzte. Schwerverletzt wurde er von der Arbeitsstelle getragen, er verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Bezeichnend ist, daß nach dem Unfall von allen auf der Baustelle Beschäftigten die Gerüste nachgesehen und alles das durchgeführt wurde, was von Anbeginn hätte geschehen müssen. Die Untersuchung wird also Näheres ergeben. — Unsere Kameraden im Lande sollten auch aus diesem Vorfall die Lehre ziehen, daß alles getan werden muß, um solche Unfälle zu verhüten. Strenge Einhaltung der bestehenden Vorschriften und Durchführung derselben ist oberste Pflicht eines jeden. Den Behörden und maßgebenden Körperlichkeiten aber muß immer wieder vor Augen geführt werden, wie notwendig vor allem die Durchführung der Forderung der Bauarbeiterschaft ist: Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

**Gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen** hat ein Kesseltreiben begonnen. Eine Flut von Anträgen — so entnehmen wir einem Artikel der „Wohnungswirtschaft“ — gegen Reichsmietengesetz, Wohnungsmangelverordnung, Hauszinssteuer usw. überschwemmt die Parlamente des Reiches und der Länder. Die bürgerlichen Parteien wetteifern förmlich um die Ehre, die Mieterchaft wieder zu den Hörgen der Hausbesitzer zu machen. Das Tollste an Verdringung wirtschaftlicher Tatsachen haben sich jüngst 24 Verbände des Haus- und Grundbesitzes, der baufördernden Industrie, des Baustoffhandels und des privaten Bauunternehmertums geleistet, die den Parlamenten des Reiches und der Länder „Richtlinien für ein Wohnungsbauprogramm“ unterbreitet haben. „Die Richtlinien stellen gleich zu Beginn — wir folgen hier dem Artikel der „Wohnungswirtschaft“ — die fühne Behauptung auf, daß „der Versuch der letzten Jahre erwiesen hat, daß mit Steuermitteln der Wohnungsbau nicht belebt werden kann“, darum „muß es Aufgabe der Wohnungspolitik sein, den offenen Geldmarkt wieder für den Wohnungsbau zu erschließen“. Diese Schlussfolgerung ist ganz auf das Denken wirtschaftspolitischer Kinder zugeschnitten. Wollten wir das Problem der Wohnungswirtschaft ebenso leicht behandeln wie die 24 Fachverbände, dann könnten wir ihnen die Frage vorlegen: Wer hat Euch daran gehindert, den offenen Geldmarkt wieder zu erschließen? Warum baut Ihr nicht mit Privatkapital, wenn Steuermittel den Wohnungsbau nicht beleben können? Warum helfst Ihr Euch nicht selbst? Warum schreit Ihr nach Steuerbefreiungen, nach Bürgerschaften der Städte, nach Stadtschaften usw. Warum der Lärm? Der Eingeweihte weiß wohl, daß das Privatkapital nicht da ist, und daß der „offene“ Geldmarkt eine leere Grube ist, und daß es den Herren der 24 Verbände nur darauf ankommt, sich in den Besitz der Steuerlaffen zu setzen, die gestern wie heute von der Mieterchaft, das heißt den Arbeitern, Angestellten und Beamten, aber nicht von den 24 Verbänden und ihren Freunden gefüllt werden.

So ungefähr müßten wir antworten, wenn wir uns auf dem Niveau der Richtlinien der 24 Verbände bewegen würden. Steigen wir aber in die Sache tiefer hinein, dann müßten wir der Behauptung, daß nur das Privatkapital die Wohnungsnot beseitigen könne und daß Steuermittel den Wohnungsbau nicht beleben können, einige andere unwiderlegliche Tatsachen entgegenhalten.

In Deutschland wurden in den Jahren 1919 bis 1923 durchschnittlich pro Jahr 133 000 Wohnungen erbaut. Im Frieden wurden im größeren Deutschland jährlich 200 000 Wohnungen erbaut. Die im wesentlichen mit Steuermitteln betriebene Wohnungswirtschaft erreichte nach dem Kriege also rund 67 % der Friedensproduktion. Haben andere ganz auf der Grundlage des Privatkapitals arbeitende Gewerbezweige höhere Produktionsziffern erreicht? Nach amtlicher Statistik betrug die Produktion von Brotgetreide im verkleinerten Deutschland im Jahre 1913 = 14,6 Millionen Tonnen und im Jahre 1923 = 9,7 Millionen Tonnen. Die Produktion von 1923 hat also nur 66 % der Friedensproduktion erreicht. Die Eisenzeugung betrug im verkleinerten Deutschland im Jahre 1913 = 10,9 Millionen Tonnen, nach dem Kriege (1920) = 6 Millionen Tonnen. Die Eisenproduktion der Nachkriegszeit hat also nur 55 % der Friedensproduktion erreicht. Die 24 Verbände aber haben den traurigen Mut, die Schuld an der Minderproduktion von Wohnungen der gemeinwirtschaftlichen Finanzierung in die Schuhe zu schieben. Welche Leistungen hätte das Privatkapital an Wohnungsbauten aufzuweisen, wenn die öffentlichen Organe nicht eingegriffen hätten?

Die 24 Fachverbände behaupten in ihren Richtlinien, daß „die durchschnittliche Miethöhe sich nach den Neubaustkosten richten“ müße. Was heißt, die Miete den Neubaustkosten anpassen? Die Fachleute wissen sehr wohl, daß die Wohnungen nicht auf Grund von Kapitalkosten, sondern auf Grund der Rente des Kapitals (Miete) ihren Absatz finden. Handelte es sich nur um die Baukosten, das heißt, könnte jeder Mieter eine Wohnung kaufen, dann brauchte er nur das 1,5fache der Friedenspreise zu bezahlen. Aber auf dieser Grundlage gibt es eine Wohnungsproduktion nur für die reichen Leute. 95 % der deutschen Bevölkerung kann sich keine Wohnung kaufen. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter können nur die Rente des Kapitals bezahlen, und diese Rente ist im Preise auf das 4- bis

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

**Ausschluß von Mitgliedern.**

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 8 unserer Satzungen wurden in Eisenberg Emil Berner (55 122), in Löwen Paul Machinet (73 981) und Franz Piontek (103 977), in München Josef Kiefl (41 123), in Oesterode Ernst Buchholz (74 444), Max Janetz (40 533) und Paul Gayda (283 107) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

**Kassengeschäftliches.**

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das zweite Quartal eine Abrechnung nicht eingekandt. Quas den mit einem Stern (\*) gekennzeichneten Zahlstellen liegt der Kassenabschluß vor, sie haben aber unterlassen, Angaben über den Mitgliederbestand und die Mitgliederbewegung zu machen.

- Gau Ost- und Westpreußen: Königsberg.
- Gau Schlessien: Bernstadt\*, Brieg, Freystadt, Neuwede, Saarau, Schreibendorf.
- Gau Pommern: Belgard, Friedrichswalde, Greifenberg, Greifenhagen, Grimmen, Rastau, Rönneberg, Rügenwalde, Tribsees.
- Gau Brandenburg: Calau, Joachimsthal, Kyritz, Ludow, Lübbenau, Schneidemühl.
- Gau Niedererschlessien und Ostfachsen: Liebenwerda, Niesitz, Peitz.
- Gau Mecklenburg: Neustadt.
- Gau Provinz Sachsen, Anhalt: Aderstedt, Behndorf, Bernburg\*, Croppenstedt, Denenburg, Hölensleben, Jfenburg, Lütchow, Nordgermersleben, Oranienbaum, Ochersleben, Preshch, Quedlinburg, Timmerode, Zahna.
- Gau Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg: Bad Rösen, Torgau.
- Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: Altedde, Dahlenburg, Drochtersen, Hörnerkirchen, Sever, Seel, Wüning, Wankendorf, Wüsten.
- Gau Hannover: Bockenem, Brockhöfe, Eschershausen, Giffhorn, Holzwinden\*, Osnabrück.
- Gau Thüringen: Artern, Bad Blankenburg, Weicherode, Cramwil, Eckartsberga, Herbsleben, Heubach, Helbra, Königsee, Schleusingen, Schmalkalden, Lambach, Liesnort, Vacha, Wallendorf, Waltershausen, Wiehe, Zellamels.
- Gau Südbayern: Burghausen.
- Gau Hessen, Hessen-Rassau: Azbach, Bad Deb, Bad Wildungen, Deckenbach, Frieda, Fulda, Glauberg, Hattenbach, Hersfeld, Lauterbach, Lollar, Roth, Rotenburg, Schlitz, Ufingen, Welter, Wehlar.
- Gau Württemberg: Ehlingen, Geislingen, Gmünd, Hall, Nürtingen, Ravensburg\*, Tübingen, Tuttingen, Wülingen, Wangan, Wildbad.
- Gau Rheinland-Westfalen: Beckum, Borgwerf, Düren, Gummersbach, Rheine, Siegen.
- Gau Baden: Baden-Baden, Erdesbach, Waldshut.

Die Zahlstellenverbände sowie die Gauleiter werden dringend ersucht, für umgehende Einfindung Sorge zu tragen. Adolf Römer, Kassierer.

**Unsere Lohnbewegungen.**

**Ausgesperrt** sind die Zimmerer in Aachen, Ahlen, Bad Deynhausen, Bartenstein, Bielefeld, Bonn, Borna, Buer, Crefeld, Coblenz, Detmold, Dortmund, Düren, Gelsenkirchen, Gütersloh, Hattingen, Herford, Herne, Herloh, Lemgo, Lünen, Minden, München-Gladbach, Münster i. W., Salzuflen, Velbert, Wanne und Witten.

5fache gestiegen. Das Kapital, das im Frieden 4 bis 5 % kostete, ist heute und auf absehbare Zeit nicht unter 20 bis 25 % zu haben. Soll also die Forderung der 24 Fachverbände einen wirtschaftlichen Sinn haben, so kann es nur der sein, daß sie verlangen, die durchschnittliche Miete müsse auf das 4 bis 5fache der Friedensmiete steigen. Das Kernstück ihres Programms besteht aber darin, daß die Hauszinssteuerhypotheken beseitigt werden, und daß an deren Stelle Zinszuschüsse gewährt werden. Sie erläutern den Plan sogar an einem Beispiel. Für 12 % glauben die Herren Privatkapital für den Wohnungsbau anlocken zu können. 5 % soll der Mieter durch die Miete bezahlen und 7 % soll der Staat als Zuschuß auf 6 Jahre leisten. Auf diesem Wege glauben sie 75 % der Baukosten decken zu können. Bei 8000 M je Wohnung und fünfundsiebzigprozentiger Beleihung müßte der „offene Geldmarkt“ in jedem Jahre 1,2 Milliarden Mark zu 12 % zur Verfügung stellen. Kennen die 24 Fachverbände den deutschen Kapitalmarkt? Kennen sie den Kapitalbedarf der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, dieser schon vor dem Kriege so gefürchteten Konkurrenten des Baumarktes? Aber sehen wir uns diese Zinszuschüsse einmal vom Standpunkt der Steuerzahler, das heißt der Lastenträger der Zinszuschüsse an. Bei sechsjährigem Zinszuschuß wären für ein Kapital von 1,2 Milliarden Mark  $6 \times 84 =$  rund 500 Millionen Mark nur an Zinszuschüssen zu zahlen, die in die Taschen der Privatkapitalisten fließen. Wuten die 24 Fachverbände der Allgemeinheit einen solchen Wahnsinn zu? Glauben die Herren ernsthaft, daß eine Regierung es verantworten könnte, für 200 000 Wohnungen 500 Millionen Mark Zinszuschüsse zu zahlen, wenn diese 200 000 Wohnungen bar bezahlt nur 1,6 Milliarden kosten? Und wer garantiert dafür, daß diese Zinszuschüsse, die letzten Endes die Beamten, Angestellten und Arbeiter aufzubringen haben, nach Ablauf der 6 Jahre nicht noch weiter zu zahlen sind? Eine Garantie dafür, daß der „offene Kapitalmarkt“ die Mittel zum Bau von 200 000 Wohnungen aufbringen wird, können die 24 Fachverbände nicht geben, wie sie überhaupt aus eigenem nichts zu bieten vermögen. „Die Gelder dürfen nicht in den unteren Kommunallverbänden verzettelt werden.“ Verzettlung des Kapitals wollen sie schon, nur soll diese Verzettlung nicht vom Staat und den Gemeinden vorgenommen werden, denen sie das Bauherrntum ganz verbieten, sondern von den privaten Hypothekenbanken, die das öffentliche Kapital jedem privaten Spekulanten ausshändigen sollen.

Als die Interessenten auf der Wohnungskonferenz am 8. März im preußischen Wohlfahrtsministerium durchblicken ließen, daß sie nunmehr ihren eigenen Geist für die Ausarbeitung eines Wohnungsprogramms einspannen werden, da glaubten wir, daß das Privatkapital 10 000 Patentsucher an die Arbeit setzen werde. Die Patentlösung haben wir nun vor uns. Schade, daß ihre Auslegung nicht 4 Wochen später erfolgte, und dann noch zugleich unter dem Licht der Londoner Verhandlungsergebnisse betrachtet werden konnte. Die wirtschaftspolitische Naivität des Programms wäre dann noch deutlicher geworden. Die steuerliche Offenbarung, die uns London bringen wird, dürfte den 24 Fachverbänden den „offenen Geldmarkt“ in einem Licht erscheinen lassen, das den Wald ohne Bäume zeigt. Die Herren werden dann — so hoffen wir — immerhin froh sein, wenn das alte System der gemeinwirtschaftlichen Finanzierung des Wohnungsbaues mit einem jährlichen Bauprogramm von 100 000 bis 150 000 Wohnungen fortgesetzt werden kann. An uns wird es dann liegen, daß diese Fortsetzung eine Richtung erhält, die den Weg wirtschaftlicher Wahrheit und sozialer Gerechtigkeit einhält und nicht einer Weichenstellung zum Chaos und zum Abgrund folgt.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Reichsregierung zum Achtstundentag. Die sozialdemokratischen Interpellationen über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens sind im Reichstag noch nicht zur Verhandlung gekommen. Die Stellung der Reichsregierung dazu war bisher immer ungewiß. Um dieser Ungewißheit ein Ende zu machen, veröffentlicht der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im „Reichsarbeitsblatt“ einen Aufsatz über die Frage der Ratifikation, worin zugleich die Erklärung der Regierung auf die eingangs erwähnten Interpellationen enthalten ist. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß die Reichsregierung die Ratifikation des Übereinkommens von Washington über den Achtstundentag niemals grundsätzlich abgelehnt habe. Die Verluste, Lasten und Bindungen Deutschlands seien aber so schwer, viel schwerer, als die aller anderen großen Staaten, daß niemand von Deutschland ein Vorangehen in dieser Frage erwarten könne. Deutschland sei aber gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung hierüber herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zur Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens bereit finden. Dabei müsse die Regierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet. Der genannte Artikel 14 sieht vor, daß die Bestimmungen des Abkommens im Kriegsfall oder bei Ereignissen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, suspendiert werden können. Diese Voraussetzung hält anscheinend der Minister durch die Leistungen aus dem Dawes-Vertrag gegeben. Dem muß entschieden widersprochen werden; diese Auffassung bedeutet in ihrer Wirkung eine Durchbrechung der zugunsten der deutschen Arbeiterschaft im Dawes-Plan vorgeschriebenen sozialen Schutzbestimmungen, wodurch der sozialen Reaktion in Deutschland Vorschub geleistet würde. Eine derartige Einschränkung kann deshalb die deutsche Arbeiterschaft nicht gelten lassen. Sie fordert uneingeschränkte Ratifikation des Abkommens. Der deutsche Reichstag wird noch Gelegenheit haben, sich mit dieser Stellungnahme der Regierung zu beschäftigen.

Ein Arzt über den Achtstundentag. Das französische Unternehmerblatt „La Journée Industrielle“ weist in einem Leitartikel in den anerkanntesten Worten auf das objektive Buch des französischen Arztes Jacques Valbour über

das „Leben der Arbeiter“ hin. Der Verfasser, der sich eingehenden sozialen Studien hingibt, bringt seine Ferien infognito als einfacher Arbeiter in den Fabriken zu und lebt in dieser Zeit auch in den Quartieren der Arbeiter. Er stellt unter anderem fest, daß er während des letzten Sommers in den größten Arbeitervierteln von Paris kaum 10 Fälle von Trunkenheit beobachtet habe. Die Kneipen werden viel weniger besucht als vor dem Kriege und ihre Zahl geht schnell zurück. Gründlichen Beobachtungen zufolge ist Valbour zu dem Schluß gekommen, daß diese Entwicklung hauptsächlich auch den wohl-tuenden Einflüssen des Achtstundentages zuzuschreiben ist, der auch bewirkte, daß nicht weniger als 300 000 Pariser Arbeiter nach den Vorstädten abgewandert und sich dort kleine Häuser kauften, bauen ließen, oder selbst errichteten. Alle diese Arbeiter, sagt Valbour, sind den Kneipen entfremdet und ihrer Familie zurückgegeben worden. Die „Journée Industrielle“ sagt ihren Abonnenten, den französischen Industriellen, zum Schluß: „Left das Buch! Vielleicht wird es Euch nicht immer gefallen, aber ihr werdet etwas darin finden, was heutzutage selten ist: einen aufgeweckten Geist, einen ernsthaften umfassenden und uneigennütigen Menschen.“

### Genossenschaftsbewegung.

ff. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber dem privatwirtschaftlichen Handel steht zwar außer allem Zweifel, sie wird aber noch viel zu sehr von ihren eigenen Mitgliedern unterschätzt. Schon die Tatsache, daß es heute in Deutschland rund 2000 Konsumgenossenschaften gibt, in denen 4 1/2 Millionen Familien der Verbraucher genossenschaftlich organisiert sind, beweist, daß die Konsumgenossenschaften wirtschaftliche Leistungen von Bedeutung aufzuweisen haben müssen. Denn es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die Verbrauchergenossenschaften jahrzehntelang unter allerlei behördlichen Hemmnissen und außerordentlichen steuerlichen Belastungen zu leiden hatten, ganz abgesehen davon, daß der Privathandel von seinem Standpunkt aus ganz verständlicher Weise stets in schärfster Kampfstellung zu den Konsumgenossenschaften stand und noch steht und mit allen Mitteln die Entwicklung derselben zu hindern suchte.

Wenn also trotzdem die Konsumgenossenschaften im Zeitraum von 20 Jahren von rund 1000 Vereinen mit 850 000 Mitgliedern ihre Zahl auf 2000 mit 4 1/2 Millionen, also die Mitgliederzahl vervielfachten konnten, so müssen die wirtschaftlichen Leistungen schon ganz erhebliche gewesen sein, um ein solches Ergebnis zu erzielen.

Dem ist auch so, und zwar in zweierlei Hinsicht. Die preisregulierende Wirkung der Konsumgenossenschaften ist eine feststehende Tatsache, die leider nur zu oft übersehen und nicht gewürdigt wird. Ja, man begegnet sogar manchmal der Behauptung, daß der „Konsum“ teurer sei, wenigstens in den und jenen Waren. Und es sind nicht immer die Gegner der Konsumgenossenschaften, die solche Behauptungen aufstellen. Geht man aber, wie es vor dem Kriege und neuerdings nun wieder öfters geschehen ist, der Sache auf den Grund, so findet man das Gegenteil bestätigt. So haben in letzter Zeit süddeutsche, sächsische und norddeutsche Konsumgenossenschaften Warenausstellungen und Preisvergleiche von etwa 20 bis 30 wichtigen Artikeln der Lebensmittelbranche veranstaltet, wobei sich herausstellte, daß der gezogene Durchschnitt bei den Konsumgenossenschaften um 15 bis 20 % niedrigere Preise zeigte als der Privathandel. Außerdem aber besteht ja die Preisregulierung darin, daß durch das Bestehen einer Konsumgenossenschaft an irgendeinem Platze die Warenpreise des Privathandels, die vordem wesentlich höhere waren, sich senken. Diese Wirkung ist am besten bei der Gründung einer Konsumgenossenschaft zu beobachten: mit einem Schläge bietet der ortsanfässige Handel die Ware um mindestens 10 bis 15 % unter den jetzherigen Preisen an, wodurch die Bevölkerung im allgemeinen wirtschaftliche Vorteile genießt, die ohne die Konsumgenossenschaft nicht denkbar wären.

Diese Wirkung der konsumgenossenschaftlichen Organisation läßt sich, wenn auch nicht statistisch erfassen, so doch immerhin einigermaßen berechnen. Von den zirka 15 Millionen deutschen Haushaltungen dürften 12 Millionen als solche Verbraucher in Betracht kommen, die von ihrem Jahreseinkommen durchschnittlich 700 M. für Waren ausgeben, die in jeder Konsumgenossenschaft zu kaufen sind. In der Gesamtrechnung ergibt sich also ein der Preisregulierung durch die Konsumgenossenschaften ausgefertigter Warenumsatz von  $700 \times 12 000 000 = 8 400 000 000$  M. (8 Milliarden 400 Millionen Goldmark). Zieht man nun davon auch die Hälfte des Umsatzes ab für die Gemeinden des Reiches, wo die Konsumgenossenschaften keine Warenverteilungsstellen besitzen, also die preisregulierende Wirkung nicht erzielt wird, so bleiben immer noch 4,2 Milliarden Mark Umsatz übrig, die um etwa 15 % regulierte niedrigere Warenpreise enthalten. Das Ergebnis der Preisregulierung beläuft sich also auf rund 630 Millionen Goldmark in einem Jahre.

Dazu kommt nun noch die den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften direkt zustießende Ersparnis in Form von Rückvergütungen und billigeren Warenpreisen (früher auch fälschlicherweise „Dividende“ geheißen, oder Rabatt). Dem Durchschnitt nach dürfen dieselben beim Eintritt normaler Zeiten auf 10 % des jeweiligen Warenwertes angenommen werden, wenn auch seit den Kriegsjahren und in der Inflationszeit die Rechnung von andren Gesichtspunkten aus „aufgemacht“ werden muß.

Würden nun die 4 1/2 Millionen Mitglieder der Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse restlos in ihren eigenen Wirtschaftsunternehmen decken, so müßte ebenfalls ein Jahresdurchschnittsumsatz von mindestens 700 Goldmark sich ergeben. Und dies würde nach dem bekannten Rechenmeister Adam Riese, der das Einmaleins erfunden haben soll, bedeuten:  $700 \times 4 500 000 = 3 150 000 000$  (3 Milliarden 150 Millionen Goldmark Umsatz). Und da die Ersparnis, insbesondere bei der Höhe dieses Umsatzes, mindestens 10 % betragen würde, so hätten die deutschen Konsumvereinsmitglieder in einem Jahre den immerhin ansehnlichen Betrag von 315 Millionen Goldmark aus ihren genossenschaftlichen Unternehmungen „herausgewirtschaftet“.

Zusammen mit dem durch die Preisregulierung erzielten Betrag ergibt sich hiernach die wirtschaftliche

Leistung von einer Milliarde Goldmark, welche die Konsumgenossenschaften gemäß ihrem inneren Wesen, ihrer organisatorischen Eigenart der deutschen Volkswirtschaft ersparen können.

Leider haben die meisten Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften das einfache Einmaleins des Rechenmeisters Adam Riese noch nicht richtig begriffen, denn ihr Umsatz betrug vor dem Kriege durchschnittlich nur etwa 400 M. für eine Genossenschaftsfamilie und gegenwärtig ist er gar nur auf höchstens 250 M. zu berechnen.

Nichtsdestoweniger bleibt die preisregulierende Wirkung in dem errechneten Betrage als eine Ersparnis der 12 Millionen Haushaltungen und dennoch als Zuschuß zur deutschen Volkswirtschaft bestehen und es liegt nur bei den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die zweite wirtschaftliche Leistung an sich selbst nach Belieben zu erhöhen: durch Steigerung ihres Warenumsatzes.

Adam Riese soll uns das Einmaleins nicht umsonst gelernt haben.

### Literarisches.

Vom „Gewerkschafts-Archiv“. Herausgeber Karl Zwing, Jena, liegt Heft 5 vor. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Partei und Gewerkschaften in der Bildungsarbeit, von R. Seidel. Betriebsräte-Schulung, von O. Jenßen. Die Berliner Gewerkschaftsschule von Fr. Fricke. Die Kulturarbeit (Ein Vorschlag für die Gewerkschaften), von Genosse Engelbert Graf. Randbemerkungen zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, von R. Wolst. Nach 60 Jahren, von R. Zwing. Rück- und Ausblick in der Sozialversicherung, von R. Fette. — Das „Gewerkschafts-Archiv“ erscheint monatlich. Preis des Heftes 1 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen oder der Verlag, Jena, Lamsdorferstr. 10, entgegen.

Episoden und Zwischenrufe aus der Parlaments- und Ministerzeit. Von Adolf Hoffmann. Preis 1 M. Verlag A. Hoffmann, Berlin O 17, Köppenstr. 6, 2 Et.

### Versammlungsanzeiger.

- Montag, den 15. September:**  
Potsdam: In Nowawes bei Siemke, Wallstraße.
- Donnerstag, den 18. September:**  
Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Sonabend, den 20. September:**  
Emden. — Geisenkirchen: Abends 8 Uhr bei Wülbern, Ecke Vereins- und Kampstraße. — Münster i. W.: Abends 8 Uhr im Lokal von Fröhling, Ecke Sonnen- und Maurischstraße.
- Sonntag, den 21. September:**  
Neuhaldensleben. — Neuf, Bezirk Grevenbroich.

### Storbetatel.

- Duisburg. Am 1. August verstarb unser Kamerad **Wilhelm Nowack** im Alter von 67 Jahren.
  - Frankfurt a. M. Am 11. Juni starb unser Kamerad **Otto Wagner** aus Schwalheim im Alter von 25 Jahren. Am 19. August starb infolge Herzschlages unser Kamerad **Joh. Stroppl** aus Windeden im Alter von 64 Jahren.
  - Röln. Am 20. August starb unser Kamerad **Wilhelm Kaiser** im Alter von 47 Jahren an Herzschlag.
  - Magdeburg. Am 28. Juli starb unser Kamerad **Albert Kohle** im Alter von 37 Jahren an Blutzersetzung.
  - Rastenburg. Am 31. August entschlief nach schwerem Leiden unser treuer Kamerad **Hermann Laskow** an Darmkatarrh und Magentrebs.
  - Varel. Im August starb nach langem Leiden unser Kamerad **Bernhard Bruns** im Alter von 27 Jahren.
- Chreihrem Andenken!

### Anzeigen.

#### Zahlstelle Demmin.

Alle zureisenden Kameraden haben sich beim Vorsitzenden **D. Jürk**, Kampstraße, oder beim Kassierer **S. Grundt**, Oberwallstraße 15, zu melden. Umschauen ist verboten. [1,80 M.] Der Vorstand.

#### Zahlstelle Ziegenzig.

Zureisende Kameraden haben sich beim Kassierer **Paul Scheidemann**, Hinterstraße 542, zu melden. Umschauen ist verboten. Ohne Bescheinigung vom Vorstand darf keiner in Arbeit treten. [1,80 M.] Der Vorstand.

### Zeugen gesucht!

Kameraden, die im Frühjahr 1922 mit dem Zimmerer **Richard Jagdmann** aus Neuenhagen (Neumark) in Hamm (Westfalen) zusammen gearbeitet haben, werden ersucht, ihre Adresse zu senden an **W. Weber**, Dderberg (Mark), Wilhelmstr. 40. [1,80 M.]

### Hermann Janke,

Zimmerer, geb. am 30. April 1906 in Altwasser (Buchnummer 55443), wird gesucht, ungenügend seine Adresse an seine Mutter zu senden. Kameraden, die Auskunft geben können, wo sich Genannter befindet, werden gebeten, Mitteilung zu machen an **Frau Janke, Waldenburg Altwasser**, Charlottenbrunnstr. 71. Letzter Aufenthaltsort war Gießen und angebliches Reiseziel Arol. [2,40 M.]